

§ 1832 BGB

(1) Widerspricht eine Untersuchung des Gesundheitszustands, eine Heilbehandlung oder ein ärztlicher Eingriff dem natürlichen Willen des Betreuten (ärztliche Zwangsmaßnahme), so kann der Betreuer in die ärztliche Zwangsmaßnahme nur einwilligen, wenn

1. die ärztliche Zwangsmaßnahme notwendig ist, um einen drohenden erheblichen gesundheitlichen Schaden vom Betreuten abzuwenden,
2. der Betreute aufgrund einer psychischen Krankheit oder einer geistigen oder seelischen [Behinderung](#) die Notwendigkeit der ärztlichen Maßnahme nicht erkennen oder nicht nach dieser Einsicht handeln kann,
3. die ärztliche Zwangsmaßnahme dem nach § [1827 BGB](#) zu beachtenden Willen des Betreuten entspricht,
4. zuvor ernsthaft, mit dem nötigen Zeitaufwand und ohne Ausübung unzulässigen Drucks versucht wurde, den Betreuten von der Notwendigkeit der ärztlichen Maßnahme zu überzeugen,
5. der drohende erhebliche gesundheitliche Schaden durch keine andere den Betreuten weniger belastende Maßnahme abgewendet werden kann,
6. der zu erwartende Nutzen der ärztlichen Zwangsmaßnahme die zu erwartenden Beeinträchtigungen deutlich überwiegt und
7. die ärztliche Zwangsmaßnahme im Rahmen eines stationären Aufenthalts in einem Krankenhaus, in dem die gebotene medizinische Versorgung des Betreuten einschließlich einer erforderlichen Nachbehandlung sichergestellt ist, durchgeführt wird.

§ [1867 BGB](#) ist nur anwendbar, wenn der Betreuer an der [Erfüllung](#) seiner Pflichten verhindert ist.

(2) Die [Einwilligung](#) in die ärztliche Zwangsmaßnahme bedarf der Genehmigung des Betreuungsgerichts.

(3) Der Betreuer hat die [Einwilligung](#) in die ärztliche Zwangsmaßnahme zu widerrufen, wenn ihre Voraussetzungen weggefallen sind. Er hat den Widerruf dem Betreuungsgericht [unverzüglich](#) anzuzeigen.

(4) Kommt eine ärztliche Zwangsmaßnahme in Betracht, so gilt für die Verbringung des Betreuten gegen seinen natürlichen Willen zu einem stationären Aufenthalt in ein Krankenhaus § [1831 Abs. 1 Nr. 2 sowie Abs. 2 und 3 Satz 1 BGB](#) entsprechend.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nach Maßgabe des § [1820 Abs. 2 Nr. 3 BGB](#) für einen Bevollmächtigten entsprechend.

Fassung ab 01. Jan 2023

Fassung bis einschl 31. Dez 2022

§ [1832 BGB](#) Genehmigung des Gegenvormunds

Soweit der Vormund zu einem [Rechtsgeschäft](#) der Genehmigung des Gegenvormunds bedarf, finden die Vorschriften der §§ [1828 BGB](#) bis [1831 BGB](#) entsprechende Anwendung; abweichend von § [1829 Abs. 2 BGB](#) beträgt die Frist für die Mitteilung der Genehmigung des Gegenvormunds zwei Wochen.